

Donnerstag, 6. Dezember 1917

Zeitung

1704

und gelehrten Sachen

der Morgen-Ausgabe aufgesetzt

2-26 * Fernsprech. Zentrale: Ullstein 3, Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

ganzen Ostfront.

efangene, 148 Geschütze, 716 Maschinen-
00 Gefangene, 60 Geschütze eingebracht.

Die erste Lesung der Wahlrechts- Vorl. ge.

Mit feierlichen Ministerreden hat der erste Preußen-Wahlrechtstag begonnen. Mit einer werktätlich Wählern Erklärung des Zentrumsführers schloß er. Morgens eitel Sonnenschein und nachmittags eine dunkle Wolke, die den Horizont bedenklich trübte. Aber, wer kann sagen, was sie birgt! Aus der Wolke strahlte der Strahl. Aber tröstend erinnert der Dichter zugleich an den Segen befruchtenden Regens, den ihr entquillt.

Am Ende schloß sich der neue Anfang. Der Nationalliberale Dr. Lohmann, der Redner der drittstärksten Fraktion, die gleich wie das Zentrum nicht ohne innere Hemmungen den neuen Weg betritt, steht zu dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums in demselben Parteivertrauten-Verhältnis wie sein Vorgesetzter zum Ministerpräsidenten. Beim besten Willen kann man die behutsame, jede Bindung und jede Schwärze vermeidende Rede nicht merkbar respektvoller finden als die des Herrn Reich. Charakteristisch für ihren Ton war, daß sie zwar an das berühmte Bismarckzitat erinnerte, aber in der höflichen Form, der große Staatsmann habe das Klassenwahlrecht als „durchaus unvollkommen“ bezeichnet. Der Abgeordnete Hoffmann von der unabhängigen Fraktion der Sozialdemokraten zeigte in einem Zwischenruf, daß nach seiner Meinung der drastischere Wortlaut gar nicht oft genug wiederholt werden kann. Die nationalliberale Fraktion behält sich im übrigen alles vor. Das war zu erwarten. Immerhin ist es überraschend, daß im Augenblicke die große Mehrzahl noch „schwere Bedenken“ gegen die Vorlage hat und daß auch die Minderheit Sicherung der gebildeten und besitzenden Bürgerschaft gegen die Ueberflutung durch die Massen verlangt. Wohl habe die Regierung die Pflicht, alle Mittel anzuwenden, um das verpöndete Wort der Krone einzulösen. Aber, so betonte der nationalliberale Redner unter dem Beifall der großen Mehrheit, das Parlament hat das Recht und die Pflicht, in voller Unabhängigkeit die Vorlage nach jeder Richtung nachzuprüfen. Wenn es dahin käme, daß das Ansehen der Krone geschwächt würde, so trübe nicht uns die Schuld, sondern die frühere Regierung, auf der die Verantwortung jenes Königswortes ruht.

Der Unmut über die frühere Regierung ließ den gleichmäßigen Redefluß des leicht und gewandt dozierenden Debatteurs zu stürzender Steigerung anschwellen. Lautes Echo aus den dichtgedrängten Reihen der Rechten bestätigte, daß hier diese Töne besonders angenehm klangen, wenn auch der Redner nicht verschwie, daß die hartnäckige Reformfeindschaft derer um Herdebrand allzu lange einer Neugestaltung im Wege stand. Ganz im Sinne der Rechten war auch der Hinweis auf das Gemeindevahlrecht, das im Prinzip das gleiche sein müsse wie für das Landesparlament, wobei es gegebenenfalls sogar zur Vorbedingung zu machen wäre, daß die Wähler erst einmal an den kleineren Verhältnissen der Gemeinden die Wirkungen ihrer Abstimmung nachprüfen.

Minister Dr. Friedberg hatte den Ausführungen seines bisherigen Fraktionsgenossen, der ihm in wohlgelegten Worten ein ausdrückliches Vertrauensvotum dargebracht hatte, mit gespannter Aufmerksamkeit gelauscht. Die Erwartung, daß er unmittelbar nach ihm das Wort ergreifen werde, erfüllte sich jedoch nicht.

Der Abgeordnete Stroebel war durch die Gunst des Loses, das zwischen den beiden Fraktionen der Sozialdemokraten entschieden mußte, in die erste Reihe der Redner gestellt worden. Man kan es bedauern, daß die ewige Maßlosigkeit dem Redner jede Möglichkeit der Steigerung nimmt. Wenn er tadelnd von der Blutlosigkeit der Debatte über so schicksalsschwere Dinge spricht, so überschüttet er ohne Zweifel die Wirkung der eigenen Worte, die trotz ihrer Festigkeit und der unbedürmerten Häufung unzählbarer Versammlungsschlagworte nicht den Eindruck erzielt, als Hinge aus ihnen der Sturm und Drang der Massen, die erregt an die Worten des Hauses pochen. Daß die russische Revolutionsregierung realpolitisch genug ist, den Frieden zu suchen ohne Rücksicht auf die Katastrophenwünsche der engeren Freunde des Herrn Stroebel, veranlaßte diesen zu ausführlicheren Darlegungen, die beweisen sollten, daß man im Auslande gar kein Vertrauen zu den Worten Deutschlands haben könne, solange nicht eine völlige Umgestaltung erfolgt sei.

Die erste Lesung der Verfassungsvorlagen wird fortgesetzt.

Hbg. Dr. Lohmann (nl.):

Aus den gestrigen Ausführungen des Reichsanzlers habe ich den entscheidenden Eindruck gewonnen, daß durch seine Verhandlungen mit den Parteien des Reichstages vor der Uebernahme seines Amtes er nicht gezwungen wurde, sich zu einem Programm zu bekennen, das er mit seiner Ueberzeugung nicht decken könnte. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Zum erstenmal im Deut-

hoffens in der „Daily News“ hätten sich en Partei im Unterhause verjammelt. Brief entstandene Lage besprochen, den ein gebilligt und zugegeben, daß es Kriegsziele der Allierten und die endigung des Krieges bestimmt darüber wird noch mitgeteilt werden. Seite ist die Lesung ausgegeben worden zu ruhen zu lassen.

bet, die Arbeiterpartei im Unter- Frage des annexionstosen Barstän auf der Grundlage der russischen Frie- ung abzugeben.

in und China.

(Sehr gut rechts und bei den Reil.) Ganz anders zu beurteilen sind die Beweggründe der heutigen Regierung. Im Gegensatz zur Rechten finde ich die Begründung der Vorlage klassisch schön, geradezu erhabend. Wenn sie nicht ausführlicher ist, so gibt es dafür nur den einen Grund, daß die einzige Begründung für die Vorlage ist, ob man das Volk politisch für so reif hält, daß man ihm das gleiche Wahlrecht gewähren kann. Nun haben wir alle im allerhöchsten Maße Vertrauen zu unserem Volk. Aber etwas anderes ist es, ob dies Vertrauen zu den Folgerungen berechtigt, die die Vorlage zieht. Da haben wir doch sehr große Bedenken. Ich habe unser Volk in Duzenden von Wahlkämpfen kennen gelernt und habe politische Reife und politisches Verständnis selbst bei kleinen Leuten gefunden, bei geschulten Arbeitern sogar hervorragende politische Kenntnisse. Aber die große Masse unseres Volkes hat politisches Interesse meist nur vor Wahlen. Meine Erfahrungen lassen mich an der vollkommenen politischen Reife der breiten Volksmasse stark zweifeln. (Zuruf links: Reichstagswahlrecht abschaffen!) Davon ist jetzt nicht die Rede. (Zuruf links: Aber das wäre die logische Folge!) Nein, das wäre nicht logisch. Der Sprung vom Klassenwahlrecht zum gleichen Wahlrecht ist zu groß. Und dann: wenn wir in Preußen das gleiche Wahlrecht haben, werden es auch das Königreich Sachsen und die mittelbairischen Kleinstaaten einführen müssen, und die Wirkung könnte sehr bedenklich sein. Dazu kommt die Rückwirkung auf die Gemeinden. (Sehr richtig! rechts.) Ja, wenn wir im Staat das gleiche Wahlrecht bekommen, dann müßten wir es in den Gemeinden einführen, damit die Wähler dort im kleineren Maßstabe kennen lernen, wie das gleiche Wahlrecht wirkt. (Sehr gut! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Was die Herrenhausvorlagen anlangt, so müßte zunächst einmal der ungehörige Name Herrenhaus verschwinden. Man sollte Erste Kammer sagen. Im allgemeinen scheint die Vorlage das Richtige zu treffen, über die Zusammenfassung des Herrenhauses im einzelnen werden wir im Ausschuss sprechen.

Wir sind für Verweisung aller drei Vorlagen an einen Ausschuss, denn die Materie hängt eng zusammen. Dort werden wir uns leisten lassen von der operwilligen Liebe zu allen Volksgenossen und von dem Vertrauen zu den hervorragenden Gaden und zur Entwicklungsfähigkeit aller, auch der untersten Schichten, aber auch von dem Gefühl der schweren Verantwortung, das diese Vorlagen uns auferlegen. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Hbg. Stroebel (U. Soz.):

Nach dieser Rede sehen wir, daß auf die Nationalliberalen kaum zu rechnen ist. Die nationalliberale Reichstagsfraktion ist für die Reform, die nationalliberale Landtagsfraktion hält sich aber an das Königswort nicht gebunden. Das war eine richtige „Einseitigkeit“, Andererseits-Rede, wie wir sie von den Nationalliberalen ja gewohnt sind. Solange wir in Preußen kein demokratisches Wahlrecht haben, bekommen wir keinen Verständigungsfrieden. Das preussische Dreiklassenwahlrecht ist die beste Stütze des Militarismus, der letzten Endes die Ursache des Krieges ist. Deshalb muß das preussische System beseitigt werden. Sie (zur Rechten) haben das Volk in diese Notlage gebracht. (Der Redner wird zur Ordnung gerufen.) Auf die Nationalliberalen also ist kein Verlaß. Auch das Zentrum ist im Begriff, umzufallen. Man will immer nur Vorrechte für das Land haben, weil dort Kartoffeln und Mist